

<b>Anfrage der AfD-Ratsfraktion</b>		<b>2480/18</b> öffentlich
<b>Anfrage zur Vollstreckung fälliger Rundfunkbeiträge durch die Stadtkasse</b>		
<b>Beratungsfolge</b>	<b>Geplante Sitzungstermine</b>	<b>Zuständigkeit</b>
(Ö) Seniorenbeirat	23.11.2023	zur Kenntnis
(Ö) Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit	06.12.2023	zur Kenntnis
(Ö) Ausschuss für Bildung und Kultur	07.12.2023	zur Kenntnis
(Ö) Jugendparlament	13.12.2023	zur Kenntnis
(Ö) Beirat für Menschen mit Behinderungen	14.12.2023	zur Kenntnis
(Ö) Rat der Stadt Salzgitter	20.12.2023	zur Kenntnis

**Sachverhalt:**

Die AfD-Ratsfraktion bittet um Informationen bezüglich der Vollstreckung fälliger Rundfunkbeiträge durch die Stadtkasse.

Im Zusammenhang mit dieser Thematik bitten wir um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. **Vollstreckungshilfeersuchen (§ 7 Abs. 4 NVwVG):**  
Wie viele Vollstreckungshilfeersuchen gemäß § 7 Abs. 4 NVwVG wurden von 2017 bis 06.2023 an die Stadt Salzgitter gerichtet? Bitte stellen Sie eine Auflistung aller Fälle bereit, unterteilt in erledigte und offene Fälle, beginnend ab dem Jahr 2017. Die Darstellung sollte jährlich erfolgen.
2. **Erfolg der Vollstreckungshilfeersuchen:**  
Inwieweit waren die oben genannten Vollstreckungshilfeersuchen erfolgreich?
3. **Finanzieller Aufwand seit 2017:**  
Wie hoch war der jährliche finanzielle Aufwand seit 2017 für die Stadtkasse und die Verwaltung im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen? Bitte stellen Sie die Informationen jährlich dar.
4. **Kostendeckung:**  
Decken die Einnahmen aus der Vollstreckung die diesbezüglichen Ausgaben? Falls nicht, erfolgt eine Kostenübernahme durch die Rundfunkanstalt? Bitte erläutern Sie die finanzielle Situation.
5. **Inkassovorgänge:**  
Wie viele aufgelaufene "Inkassovorgänge" der Rundfunkanstalt liegen aktuell in Salzgitter vor? Wie hoch sind die finanziellen und personellen Aufwendungen (auch externe) in Summe dafür?
6. **Prüfung von Amtshilfeersuchen:**  
Werden die "aufgelaufenen Amtshilfeersuchen" der Rundfunkanstalt auf rechtliche

Aspekte hin überprüft, insbesondere in Bezug auf deren Rechtmäßigkeit sachlich und inhaltlich? Berücksichtigen Sie dabei bereits ergangene Gerichtsurteile, die Formfehler bei Vollstreckungsersuchen betonen.

7. **Haftung bei gesetzeswidriger Vollstreckung:**

Wer ist haftbar bzw. rechtlich verantwortlich, wenn eine durch die Stadtverwaltung vollzogene Vollstreckung der Beitragsgebühren der Rundfunkanstalten sich später als gesetzeswidrig durch eine gerichtliche Überprüfung seitens des Beitrag Schuldners herausstellt?

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Unterstützung und bitten um eine zeitnahe Rückmeldung.

Diese Informationen dienen dazu, ein besseres Verständnis für die Auswirkungen der Rundfunkbeitragsvollstreckung auf die städtische Verwaltung zu erhalten.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Unterstützung und zeitnahe Rückmeldung.

**Anlage/n**

1 Bild\_2023-11-12\_201159255

gez. Patricia Mair